

# Korrespondent

## für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Herausgegeben vom Verband der Deutschen Buchdrucker

Zeugungspreis 1 RM. monatlich, nur Postbezug • Das Einzelheft 15 Pf. ohne Porto • Erscheinungstage Mittwoch und Sonnabend • Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin SW 61, Dreibrüderstr. 5

66. Jahrgang

Berlin, den 20. Juni 1928

Nummer 49

Die Erneuerungsfrist für den  
Postbezug des „Korrespondent“  
läuft bis 25. jeden Monats.

Monatlicher Zeugungspreis 1 RM. Bestellgebühr 12 Pf.  
20 Pf. Postzuschlag für alle nach dem 25. eines  
Monats aufgebende Bestellungen.

### Zur Verbands-Invalidenunterstützung

Eine große Zahl von Mitgliedschaften oder Ortsvereinen stellte zu dem Verbandstage in Berlin 1926 Anträge auf Erhöhung der Invalidenunterstützung. Der Verbandstag lehnte eine Erhöhung des Verbandsbeitrages ab und versagte damit folgerichtig auch den weitestgehenden Anträgen auf Erhöhung der Invalidenunterstützung seine Zustimmung. Lediglich die vor dem Kriege bestandene Unterstützungsstaffel von 2 M. wurde wieder in Kraft gesetzt. Dieser Beschluß löste später bei Berichterstattung über den Verbandstag ausgiebige Debatten aus. Der Verbandsvorstand als Sachverwalter des Verbandes und seiner Einrichtungen nahm in einer Denkschrift, welche er den Delegierten zum Verbandstage zugehen ließ, und auch im „Korr.“ und im Verbandsjahresbericht für 1926 Stellung zu den Anträgen, die er als unerfüllbar für eine Gewerkschaft bezeichnete.

Abgebend für den Verbandsvorstand als auch dann später für den Verbandstag selbst waren zwei Hauptgründe. Erstens wurde das lawinenartige Anschwellen der Zahl der Invaliden bei dem Unterstützungsstaffel, wie er von München oder gar von Nürnberg (und einer großen Reihe von andern Mitgliedschaften) gefordert wurde, befürchtet. Man war sich klar, daß, wenn so hohe Unterstützungsstaffel eingeführt würden, die Ausgaben bedeutend in die Höhe schnellen würden, und der Verbandsvorstand könnte nur dann die Verantwortung übernehmen, wenn die Mittel — durch Beiträge aufgebracht — dazu vorhanden sind und das es nicht angehe, die jetzige Mitgliedergeneration zwar zahlen zu lassen, aber vielleicht in einigen Jahren, wenn diese selbst Invalide würde, erklären zu müssen, es reichen die Mittel nicht, es muß die Unterstützung gekürzt werden. Man verwies auf Österreich, dies hat seine Unterstützungsstaffel modern, d. h. der veränderten Kaufkraft des Schillings angepaßt, ausgebaut, und die Folge war, eine größere Anzahl von alten Kollegen hat dort den Seher- oder Druckerfaal verlassen und sich invalid gemeldet.

Der zweite Grund, warum der Verbandstag weiterhin einer Invalidenunterstützung in dem geforderten Ausmaße seine Zustimmung versagte, war darin gegeben, daß man sich auf den Standpunkt stellte, daß den Unterstützungsstaffeln einer Gewerkschaft gerade aus rein gewerkschaftlichen Gründen Grenzen gesetzt seien, die man nicht gut überschreiten könne, es müsse auch Rücksicht genommen werden auf die Höhe der Sätze (und ob überhaupt in andern Verbänden für Invalidität Unterstützung gezahlt werde), wie sie in andern Verbänden üblich sei. Der DGB strebe eine gewisse Vereinheitlichung des gesamten Verbandslebens aller Arbeiter an, und da ginge es nicht, daß die Buchdrucker gerade hier ihre, eigenen Wege gingen. Und gerade im Punkte „Altersversicherung“ gebe es sogar bei führenden Genossen — innerhalb des DGB — eine starke vorherrschende Meinung, daß die Aufgaben eines Verbandes andre sein müssen, als aus den Gewerkschaften unterstützt zu werden zu machen. In allererster Linie sei es Aufgabe des Staates, für alte, nicht mehr arbeitsfähige Arbeiter zu sorgen, ihnen nach Vollendung des 66. Lebensjahres oder bei eintretender Invalidität eine angemessene Rente zu zahlen. Dies waren die hauptsächlichsten Gründe, warum der Verbandstag 1926 die geforderte Erhöhung der Invalidenunterstützung nicht vornahm.

Der Verbandstag 1926 gehört der Geschichte an, nur noch wenige Monate, und der Verbandsvorstand ruft die Kollegenchaft auf, Stellung zu nehmen zu dem, was der

Frankfurter Verbandstag 1929 zu behandeln haben wird. Und darum möchte ich heute schon die Frage ventilieren: Ist eine Reform der Invalidenunterstützung notwendig?

In nachfolgenden Zeilen soll nur der Versuch unternommen werden, durch rechte Gründe, die wir gerade im Interesse des Verbandes in den Vordergrund schieben, den Boden zu bearbeiten für einen Meinungsaustausch. Gegner und Befürworter sollen ausgiebig ihre Meinung im „Korr.“ in den Verbandsversammlungen (auch die seit 1926 „Berärgerten“ müssen nun wieder Versammlungsbesucher werden) sagen, jeder von dem Grundfah ausgehend, daß er nur sachlich, im Verbandsinteresse redet, daß dies aber auch der Gegner tut. Der Verbandsvorstand sowohl als auch der Verbandstag 1929 müssen aus der Behandlung dieser Frage im „Korr.“ klar erkennen, wie der Wille der Verbandskollegenchaft ist, und auch die übrige Arbeiterchaft wird sich den Gründen nicht verschließen können, wenn gut durchgebildete Gewerkschaftler, wie sie doch jedenfalls der Buchdruckerverband in großer Zahl besitzt, wohl zu unterscheiden wissen zwischen einem Unterstützungsverein, und einem Verband mit ausgebauten Unterstützungsstellen! Der Buchdruckerverband ist eine Gewerkschaft mit klar umrissenen Ziel. Seine Mitglieder wissen, daß das, was gestern nützlich war, morgen veraltet ist.

Bevor wir uns auf rein gefühlsmäßige Momente, die für eine Erhöhung der Unterstützungsstaffel sprechen würden, hier einzulassen und damit in unverantwortlicher Weise Hoffnungen bei den Kollegen erwecken, die der fast und real rechnende Verbandsfinanzminister nicht zu erfüllen imstande wäre, muß das rechnerische Ergebnis einer Erhöhung der Invalidenstaffel klar und nüchtern erörtert werden.

Ich muß hier die Kollegenchaft bitten, den Abschnitt aus dem Verbandsjahresbericht 1926, welcher der Invalidenunterstützung gewidmet ist; genau in seiner Zahlenauswirkung zu studieren, fernerhin bitte ich, die vierteljährlichen Verbandsberichte im „Korr.“ „Invalidenstand“ ebenfalls genauer Prüfung zu unterziehen, die aufsteigende Kurve der Zahl der Invaliden mit den Unterstützungsstaffeln zu multiplizieren, und die Kollegen werden dann schneller im Bilde sein über die Höhe der Ausgaben, die zur Unterstützung der Invaliden aufgewendet werden müssen und die naturgemäß durch Beitragszahlung wieder hereingebracht werden müssen.

In Nr. 62 des „Korr.“ von 1927 hat Kollege Gruber (München) das Einnahmen- und Ausgabenkonto der Invalidenunterstützung klargelegt. Er hat nachgewiesen, daß trotz der Vernichtung unseres gesamten Verbandsvermögens durch die Inflation — das über 10 Millionen Mark betrug — das nun wieder vorhandene Verbandsvermögen von etwa 7 Millionen größtenteils auf Kosten der Verzinsung der Unterstützungsstaffel erfolgte. Der Verbandsvorstand hatte ja die Pflicht, größere Reserven anzulegen, denn ohne diese läßt sich eine kompliziert arbeitende Maschine, wie es unser Verband mit seinen vielverzweigten Verpflichtungen ist — die oftmals sich erst später auswirkt —, nicht instand halten. In dem genannten Artikel wurde aber auch rechnerisch nachgewiesen — und ich möchte das hier ganz besonders noch unterstreichen —, daß der Verbandsbeitrag gegenüber der Selbstverwaltung ein zu niedriger ist. Ich bitte die Kollegen, scharfe Grenzen zu ziehen zwischen dem Verbandsbeitrag, rein als solchem und der Summe, die sie wesentlich an ihren Druckereikassierer zahlen, wo also auch die Beiträge für die Hilfskassen, die Sparten, Gewandvereine, Druckereikasse usw. mit enthalten sind. Wer sich weiterhin der kleinen Mühe unterzieht, den Lohn, den er 1914 erhalten hat, kritisch zu vergleichen mit der Summe, die im Jahre 1928 als „Lohn“ gilt, er sieht dann das Sinken der Kaufkraft unseres Geldes sinnfällig illustriert und wir werden zwangsläufig zu Betrachtungen gezwungen, wie hoch war der Verbandsbeitrag 1914, wie hoch ist er jetzt und wie hoch müßte er folgerichtig sein. Aufgabe des Frankfurter Verbandstages muß es sein, hier größere Erhöhungen vorzunehmen. Denn es kann nicht angehen, daß der Verbandsbeitrag galvaniert, d. h. ewig in gleicher Höhe bleibt und — ohne Einnahmen keine Ausgaben — statt Unterstützung nur Almosen gegeben werden, wo sich vielleicht mancher Kollege (denn es sind nicht alle idealvoll versant) sagen wird, von den paar Bettelpfennigen, welche ich vom Verbands erhalte, kann ich nicht leben; ich bin auf die öffentliche Wohltätig-

keit in irgendeiner Form angewiesen, also spare ich mir den Verbandsbeitrag, wenn ich alt bin, muß ich ja doch vom Bettel leben. Es ist, gewerkschaftlich betrachtet, eine Unlogik, wenn die arbeitenden Buchdrucker versuchen, die Leuerungswelle durch höhere Löhne zu paralisieren und ihren alten, inwaid gewordenen Arbeitsbrüder trotz Lohn-erhöhung, trotz Leuerung längst veraltete Unterstützungsstaffel, die einem Almosen gleichen, zu zahlen. Gewiß wirkt sich dies „Almosen“ im Jahresbericht eines Verbandes als sechs- bis siebenstellige Zahl aus, aber trotzdem ist es für den einzelnen unzureichend. Wir gründeten unsern Verband und bauten ihn aus, um die Kollegenchaft vor Hunger zu schützen, und wir dürfen nach 60jähriger Verbandsarbeit dem Gedanken unserer Verbandsgründer nicht untreu werden. Erhöhen wir ruhig den Verbandsbeitrag, ja, fügen wir unserm Verbandsstatut die Formel ein, daß jeder Lohn-erhöhung automatisch eine Erhöhung des Verbandsbeitrages und der Unterstützungsstaffel folgen muß.

Wird der Verbandsbeitrag erhöht, so wird in der Bude geschimpft und am Sonnabend wird der erhöhte Beitrag doch bejagt! Also weg mit dem Einwand, es geht nicht. Wenn es der Verbandstag 1929 beschließt und die Delegierten später bei ihren Berichterstattungen die Gründe der Erhöhung klarlegen, so werden 99 Proz. unser Kollegen damit einverstanden sein, denn Gewerkschaftler, wie wir Buchdrucker es doch wohl größtenteils sind, wissen, warum sie den hohen Verbandsbeitrag zahlen.

Und noch eins! Muß denn der Arbeiter immer und immer als Bettler gelten? Daß dies seither so war, das hat die Gewerkschaft viel miterlebt; es ist hier ein harter Vorwurf ausgesprochen, aber leider stimmt er. Wir sind im Verband, unsere Kollegen erhalten, wenn sie invalid werden, 14 M. wöchentliche Unterstützung (im Höchstmaße), weitere 10 M. erhalten sie vom Staat, nun rufe ich die Kollegenchaft auf, vor ihrem Gewissen die Frage zu beantworten: „Wer kann davon leben?“ Und doch müssen von dieser 24 M. nicht nur eine Person, sondern zwei Personen leben! Die Folge ist, daß in den Druckereien zu verschiedenen Zeiten Sammelstellen zu aktivieren, wo die Notlage der Invaliden geschildert wird, in den Kollegenvereinen wird noch extra gesammelt, und auf den Sammelstellen steht der eine Kollege mit — 50 Pf., der andre mit 3 M. Wer bejagt nun dies? Doch immer und immer wieder dieselben Kollegen, also erhöhe man den Verbandsbeitrag und die Unterstützung, dann kann um das gleiche Geld — das man so zerpfittet zahlt — mehr geleistet werden und der Bettel hört auf. Bei den Beamten erhöhen sich bei Gehaltsaufbesserungen auch die Pensionsbezüge. Ein ethisches Erziehungsmoment, das nicht außer acht zu lassen ist.

Was würde nun die Folge sein, wenn der Frankfurter Verbandstag die von München oder „gar“ von Nürnberg 1926 geforderten Unterstützungsstaffel, also 21 M. oder 28 M. in der Höchststaffel in der Bude, zum Beschluß erheben würde? Eine Anschwellung der Invalidenzahl! Und damit eine erhöhte Ausgabe. Da wird wohl mancher Kollege versucht werden zu sagen, daß derartige unerfüllbare Anträge von einer Gewerkschaft niemals erfüllt werden können.

Wenden wir auch hier auf dem Boden stehen, wie ihn die rauhe Wirklichkeit, wie ihn die Praxis gepflügt hat, und prüfen wir, ob in Wahrheit in der Praxis — bitte, immer die Jahre 1913 und 1927 mit ihren Preis- und Lohnverhältnissen vergleichend gegenüberzustellen — von „unerfüllbaren“ Forderungen gesprochen werden darf. In Wirklichkeit stellen diese „unerfüllbaren“ Anträge nur eine Wiederherstellung des Unterstützungsstaffelwertes von 1913 dar. Der sich äffernmäßig ausdrückende Satz von 3 oder 4 M. Unterstützung pro Tag wird durch die gänzlich veränderten Preis- und Lohnverhältnisse auf 1,50 bis 2 M. herabgedrückt. So liegen leider die nackten Tatsachen praktisch.

Der Berliner Verbandstag ging weiterhin auch hauptsächlich von der Auffassung aus, daß jede Erhöhung der Invalidenunterstützung die Zahl der Invaliden automatisch stark vermehren würde. Gewiß stimmt dies! In, ich finde dies sogar in der Ordnung. Oder entspricht dies etwa unsern immer wieder gepredigten gewerkschaftlichen Moralgesetzen, wenn Kollegen mit über 60 Jahren noch an dem Kasten oder an der Maschine stehen müssen? Sind wir nur so lange „Menschheitsbefreier“, als es uns nichts kostet?

Wenn wir aber 50 Pf. mehr Verbandsbeitrag zahlen sollen, dann gehen wir über derartige „Gefühlsduseleien“ unter nichtigen Ausreden hinweg!

Und noch eine weitere Frage, wirkt es sich denn wirklich praktisch so tief einschneidend für unsre Verbandsstufe aus, wenn sich jeder 65jährige Kollege inaktiv meldet? Ich sage, wie Kollege Gruber (München), nein! Ziffernmäßig läßt sich allerdings nicht nachweisen, daß für den sich inaktiv meldenden Kollegen Schulze sofort der konditionslose Kollege Hoppe dafür eingestellt wird. Wie liegen nun aber die Dinge in Wirklichkeit? Es geht durch ganz Deutschland in allen Industriezweigen das Bestreben, die menschliche Kraft durch die billigere Maschine zu ersetzen. Deshalb liegen die Dinge so: der Unternehmer schafft neue Maschinen an und entläßt dafür Arbeiter; es werden meistens immer solche Arbeiter entlassen, die am kürzesten im Betriebe beschäftigt waren. Meldet sich also ein 65jähriger Kollege inaktiv, so wird zwar kein neuer Kollege für ihn eingestellt, aber auch kein jüngerer entlassen. Nun darf man aber nicht sprechen: „Seht, für den Kollegen Schulze werden kein neuer Kollege eingestellt, die Ausgaben für die Inaktiven steigen also gemaltig!“ Nein, so zu sprechen, das wäre falsch. Die „Sache“ mit den „Alten“, die in den Stelen sterben, birgt aber gewerkschaftlich noch einen schlimmen, sogar recht bösen Uebelstand in sich, der zwar jetzt nur den tiefer Schürfenden sichtbar wird, aber vielleicht schon in zehn Jahren zur Geißel für die Verbände, den Staat, ja sogar für die Menschheit sich auswirken wird. Die Arbeitslosigkeit wird weiterhin in großer Form weiterbestehen, denn die vertrustete Großfinanz hat ein Lebensinteresse daran, eine Reservearmee dauernd zu unterhalten, darum läßt man die Arbeitslosen auch nicht verhungern, sondern gibt ihnen Almosen. Aber die Tausende von jungen Arbeitslosen, die kurz ausgelehrt, aus ihrem Beruf herausgerissen werden, entwürzeln. Früher war es anders. Der junge ausgelehnte Kollege, der im Beruf stand, konnte gewerkschaftlich erzogen werden, er bekam von den „Alten“ in der Bude gewerkschaftliche und kollegiale Beispiele, er wurde zum Versammlungsbesuch angehalten, er lernte in den Versammlungen gewerkschaftlich denken, und die Rot der Arbeitsbrüder zwang ihn zum Nachdenken. Heute ist dies durch die alle eifrigeren Gefühle neiderziehende Arbeitslosigkeit anders geworden. Ein großer Prozentsatz der jugendlichen Arbeiter ist zum „Spaziergehen“ verurteilt (während die Alten in den Stelen sterben), wird verbittert, die niederen Instinkte des Menschen gewinnen die Macht über ihn, er hat nur einen Wunsch, genau so der Genußsucht frönen zu können, wie Tausende von Nichtarbeitern (meistens andern Gesellschaftsklassen entstammend), und er wird dann zwangsläufig zur Schlafloschläferei für die Gewerkschaften und damit für seine eignen Arbeitsbrüder.

• Wer wirft dann den ersten Stein auf diese Streikbrecher? Die Gegner einer Erhöhung der Inaktivenunterstützung in den Verbänden doch gemiß nicht! Ich bitte die „Kollegen“, schaft und besonders die führenden Kollegen, diese Argumente alle eingehend zu prüfen, und sie werden zur Überzeugung kommen, daß zwar die Kurve der Unterstützungsätze für Inaktive in die Höhe schnell, daß aber sich dagegen die Kurve für Arbeitslose senkt. Kein ziffernmäßig also nur eine Verschiebung. Das Mehr an bezahlter Inaktivenunterstützung wird sich aber bei eintretenden Lohn- oder Tarifbewegungen ganz besonders bezahlt machen.

Und hier werden wir zwangsläufig zur Ventilierung der weiteren Abschnungsgründe des Verbandstages 1926 gezwungen. Eingangs wurden sie ausführlich erwähnt. Es wurde in Berlin 1926 zum Ausdruck gebracht, daß den Verbänden Grenzen gesteckt seien, die Unterstützungsätze nicht ins Uferlose zu erhöhen, es wurde dagegen einem „Kampf- oder Kriegerfonds“ das Wort geredet. Es wurde die Meinung vertreten, daß es Aufgabe der Verbände sein müsse, um ihren tariflichen oder aus gewerkschaftlichen Gesichtspunkten heraus resultierenden Forderungen Nachdruck zu verleihen, einen „Kriegerfonds“ zu schaffen, d. h. Gelder in den Verbandsklassen anzusammeln, um bei allen Eventualitäten gerüstet zu sein.

• Auch hier darf, ja es muß im „Korr.“ die Frage aufgeworfen werden, ist diese Art eines „Kampf- oder Kriegerfonds“ die richtige, oder gibt es noch andre, wirksamere Mittel, über die ein Verband verfügt?

• Freuzlichlicherweise ist unser Verband noch granitartig gefestigt, er stellt innerlich und äußerlich eine zusammengeballte, gewerkschaftlich denkende und handelnde Arbeitermasse, geführt von sich ihrer Verantwortung bewußten Führern, dar. Dieses und die alte auf über 60 Jahren wechselfreier Kampfers beruhende Erfahrung des Verbandes machen es zur Pflicht, auch hierin der übrigen Arbeiterkchaft Pionier, d. h. Wegbereiter, zu sein, wo es gilt, Neuland zu bereiten; ferner dürfen wir Buchdrucker vor aller Öffentlichkeit, also im „Korr.“, Dinge besprechen, die sonst nicht öffentlich erörtert werden.

• Die wirtschaftspolitischen Verhältnisse in allen Staaten haben sich seit 1913 ganz gewaltig verändert. Die Arbeiterkchaft in allen Staaten Europas wurde durch den Krieg, bei dem es sich in Wirklichkeit nicht darum handelte, ob politisch dieser oder jener Staat Machtgewandts erhalte, vor eine neue „Wirtschaftsordnung“ gestellt, die eine Umwälzung und Umwertung aller bisher bestandenen Doktrinen und Abwehrmaßnahmen der Gewerkschaftspolitik zwangsläufig mit sich bringt und jeden Tag die brutale Macht des international vertrusteten Kapitals in neuen Formen erstehen läßt, zwingt Führer und Kollegenkchaft

heute schon — nicht erst morgen — Ausblick zu halten, wie der Verband der Deutschen Buchdrucker weiterhin auszubauen sei, um den in absehbarer Zeit eintretenden, völlig veränderten Verhältnissen gewappnet gegenüberzustehen. Aber dies darf keine Abwehrstellung sein, sondern die Gewerkschaftspolitik des Verbandes muß so sein, daß die Scharfmacher unter unsern Prinzipalen sich gar nicht erst getrauen, den Ansturm auf den Verband und die damit geplante Zertrümmerung des Verbandes zu wagen, um dann „werfreundliche Tarife“ mit den schuflos gewordenen Buchdruckergefellten abzuschließen zu können.

Gewiß erkannt werden und auch der letzte Verbandstag 1926 den uns bevorstehenden Generalangriff, und um ihn zu paralyzieren, griffen sie zu dem doch veralteten Kampfmittel, durch Abzweigung einer gewissen Beitragsquote einen sogenannten Kriegerfonds zu schaffen. Ich sage „veralteten“ Kampfmittel und werde die Beweisführung — gegeben aus dem englischen Generalstreik — hierfür erbringen. Eine Gewerkschaft kann eine erkledliche Anzahl von Millionen Mark als Kriegerfonds ihr eigen nennen, aber was bedeuten Millionen allein im heutigen Wirtschaftskampfe? Die international vertrustete Großfinanz verfügt im Gegenfatz zu den Gewerkschaften über dreierelei: 1. über Riesensummen von Geld; 2. über die staatliche (Polizei-)Gewalt und 3. ist sie in der Lage, die öffentliche Meinung ganz in der von ihr gewünschten Form zu beeinflussen. Nun kommen wir Gewerkschaften mit unsern „Kampffonds“ von ein paar Millionen. Der sich lang hingezogene englische Bergarbeiterstreik und der durch diesen bedingte Generalstreik muß uns Lehre sein und muß uns zwingen, die Konsequenzen daraus zu ziehen, daß Gewerkschaften, die sonst nichts in ihrem Kriegerarsenal haben als Geld, gegen das Riesenkapital des international vertrusteten Kapitals nicht so anknäpfen können, daß ihnen voller Erfolg beschieden ist. Es wird wohl auch niemand geben, der nicht weiß, daß ein Verband, in dessen Kassen Geld liegt, ein Posten ist, der bei dem Soff und Haben der fast reuehenden Großfinanz Beachtung findet.

Wie muß nun aber der „Kriegerfonds“ der Neuzeit sein? Die Geschichte des englischen Bergarbeiterstreiks hat bewiesen, daß ein Kriegerfonds, der nur aus Millionen besteht, die Hoffnang und ihre Diener, die Regierung, nicht mehr schreckt. Der beste Kriegerfonds ist der, daß ein Verband nicht allein viele Mitgliedsbeiträge zahlt, sondern daß hinter dem Führer gewerkschaftlich disziplinierter Kollegen stehen. Und darum ist der wirksamste neuzeitliche Kampffonds der, daß die Prinzipale wissen, hinter den Führern des Verbandes der Deutschen Buchdrucker stehen ernste, reife Männer, die an ihrem Verbands mit Überzeugung hängen, in dem sich Führer und Masse zu einem Lebenszweck vereinen. Das ist in der Tat der wirksamste neuzeitliche Kampffonds. Und weiterhin kommt die Frage, welche Maßnahmen sind heute anzuwenden, um die Unterstützungsätze zu erhöhen, sich mit ihm an den Verhandlungstisch zu setzen und dort Tarifabschlüsse unter gegenseitigem Entgegenkommen zu betätigen? Die Antwort lautet, weil sie so lauten muß: „Ausbau des Unterstützungsweffens“. Dies gibt in erster Linie den Ritt ab, um die Kollegenkchaft fest an ihren Verband zu binden.

• Was für ein Gefühl der Ruhe und Sicherheit löst es dann gerade bei den älteren Kollegen (auch die „Jungen“ kommen in die Lage, einmal inaktiv zu werden) aus, wenn sie bei Streiks aufgerufen werden, aus der Bude zu gehen, wissen sie doch, daß für sie gesorgt ist. Es gilt die Zeichen der Zeit zu verstehen, ehe die Zeit selbst über uns hinweggefegt.

Der Verbandsvorstand hat, wenn er zum Kampf ruft, jederzeit die deutsche Kollegenkchaft hinter sich, der Verband der Deutschen Buchdrucker ist kein Verband, dessen Generale keine Truppen hinter sich haben. Es darf ruhig ausgesprochen werden, daß im Zeitalter der Sportfregate und des nackten Egoismus die werdende Buchdruckergeneration andern, festeren Ritt bedarf als wir „Alten“, denn sobald der schwächste Egoist durch gute Unterfützungen an seinen Verband gefesselt ist, verfällt er nicht in den Fehler sogenannter „Modernen“, die bei irgendeiner Gelegenheit dem Betriebsrat das Verbandsbuch vor die Füße werfen; sie riskieren doch nichts dabei, sie können ja, wenn es ihnen Vorteile bringt, morgen wieder beitreten, um dann bei herannahendem „Wetterleuchten“, „werfreundlich“ zu werden.

Die Kollegenkchaft darf wohl auch noch auf eine unsern Verband und dessen festes Gefüge drohende Gefahr aufmerksam gemacht werden. In Nr. 61 von 1927 des „Korr.“ stand unter „Nachahmenswerte Beispiele“, daß eine Grobdrucker eine namhafte Summe für einen Inaktivenfonds für ihre alten Arbeiter gestiftet habe. Zweifellos haben Unternehmer die moralische Verpflichtung, von ihrem Reingewinn einen Teil abzugeben für alte Arbeiter, die mitfallen, den Reingewinn zu erwerben, um sie im Alter pensionieren zu können. Aber leider können auch „Bindungen“ dadurch geschaffen werden, und mit Recht wandte man sich früher gegen gewisse „Wohltätigkeiten“ der Firma Krupp in Essen.

Der Verbandstag 1926 vertrat ferner auch die Ansicht, daß es Aufgabe des Staates sein müsse, die Sozialversicherung auszubauen. Die Reichstagsverhandlungen 1927 werden wohl alle Optimisten überzeugen haben, daß die Gesetzgebung des Staates nicht dafür eingestellt ist, die Sozialversicherung auszubauen, wohl aber die Beiträge zu erhöhen und abzubauen. Wir sind wohl alle theoretisch darüber einig, daß der Staat die Pflicht hat, für alle Bürger, also auch für die Arbeiter und Angestellten, zu

sorgen, denn diese sind ja steuergefählich am meisten erfaßt, aber solange dies nicht geschieht, ist es Aufgabe der Gewerkschaften, Sozialpolitik zu treiben, denn das gehört zur neuen, veränderten Gewerkschaftspolitik. Praktisch aber birgt der übergroße Ausbau der staatlichen Gesetzgebung eine ganz gewaltige Gefahr für die Gewerkschaften in sich. Denn bekäme das heranwachsende Geschlecht alles vom Staat, so würde das eine große, aber sehr große Gefahr für gewerkschaftliche Lohn- und Arbeitszeitpolitik sein, denn viele Geffalten würden dann keine Verbandsunterfützung und damit auch keinen Verband mehr brauchen. Unser Bestreben müßte vielmehr dahin zielen, der Staat soll den Gewerkschaften für ihre Unterfützungsstellen einen jährlichen Zuschuß aus öffentlichen Mitteln zahlen (naturgemäß ohne irgenbeinen Einfluß ausüben zu können). Ich glaube, die schlimmen Erfahrungen, die wir mit den „Wohlfahrts-einrichtungen“ des Staates machen müßten, sollten uns endlich einmal die Augen geöffnet haben. Was bezahlen wir für enorm hohe Beiträge zur staatlichen Inaktivenversicherung! Was zahlten wir 1913 und was zahlen wir jetzt im Jahre 1928? Und was erhalten wir dafür? Vor einiger Zeit belehrte uns ein Fall aus dem Gau Württemberg, wo es im „Korr.“ hieß, daß bei der dortigen Versicherungsanstalt ein im Amte befindlicher Direktor und ein pensionierter Direktor zu unterhalten seien, wogu unsre Beiträge Verwendung finden. Was würde in unserm Verbands von dem hohen Beitrage, den wir für die staatliche Inaktivenversicherung und für die Arbeitslosenunterfützung zu zahlen gezwungen sind, geleistet werden! Dies alles kommt leider dem Gros der Arbeiterkchaft gar nicht so klar zum Bewußtsein, und darum muß die „Masse Mensch“ aufgerüttelt werden und ihr gezeigt werden, daß man sich auch in der Republik noch erlaubt, den Arbeiter auszubeten. Am allermeisten muß er Steuern zahlen, von diesen Steuern zahlt man den Beamten, ihren Frauen und Kindern auskömmliche Pensionen, weiterhin muß der Arbeiter noch an den Staat besondere Gelder abliefern, aus diesen erhält er „Unterfützung“, fragt nur nicht wie, doch für was ist die Armenpflege erfunden!

Es muß zum Schluß noch auf die Tatsache hingewiesen werden, daß durch die Macht der Verhältnisse gezwungen, die Frage nach Einführung einer Inaktivenunterfützung jetzt von vielen Verbänden ventilert wird. Es spielt dabei keine Rolle, wie diese Frage zurzeit entschieden wird, das Hauptmoment, das für uns richtungweisend sein muß, ist das, daß man auch in andern Verbänden den gemaltigen Wert erkennt, der in einem gut ausgebauten Unterfützungsweffens liegt und daß die rauhe Wirklichkeit über den Arbeiter hinwegzerrt, der glaubt, Unterfützungen passen nicht mehr in den Rahmen eines modernen Verbandes. Das Gegenteil ist dagegen wahr! Und wer dies erkennt, der muß im „Korr.“ und in den Versammlungen die Forderung erheben: „Erhöhung der Inaktivenunterfützung!“ Damit wird eine sich gegenseitig auswirkende Gewerkschaftsarbeit getan; diese wird nicht nur uns, sondern auch späteren Buchdruckergenerationen zugute kommen. Nicht gefühlsmäßig entscheiden, sondern so entscheiden, daß das Haus, in dem wir wohnen, auch späteren Berufs-genossen Raum bietet. C. a. b.

• Freuzlichlicherweise wird unsern Inaktiven ab und zu im „Korr.“ eine Spalte zur Verfügung gestellt, damit sie der Kollegenkchaft sagen können, wo sie der Schuh besonders drückt, wie sie unter der heutigen Preispolitik zu leiden haben usw. Es sind nur wenige, die von Zeit zu Zeit die Feder eintauchen, um zu sagen, wie es ihnen ums Herz ist. Die Mehrzahl trägt ihr Schicksal mit seifiger Größe. Aber könnten wir für unsre inaktiven Kollegen nicht besser sorgen, wenn wir nur wollten? Das heißt, wir in der Provinz, die wir nicht die Vorteile der Großstadt-Konsumgüter genießen wollten schon; wir erstreben eine andre bessere Regelung und lassen uns durch einen höheren Beitrag nicht fädeln. Die opponierenden Kollegen müßten immer wieder daran erinnert werden, daß wir die Pflicht haben, für unsre Inaktiven ausreichend zu sorgen. Daß eine Beitragserhöhung nicht unbedingt zu einer Katastrophe führen muß, dafür ist die felterzeitige Bekanntmachung über die Beitragserhöhung für das Verbandshaus der beste Beweis. Man nahm diese 20-Pf.-Erhöhung eben als unumföhlliche Notwendigkeit hin. Was aber hier möglich war, muß auch dann gelten, wenn es sich um das Wohl der einzelnen Kollegen handelt. Wenn die jüngeren Kollegen durch entsprechende Belegung aufgefärt werden, zahlen sie ohne weiteres höhere Beiträge zu dem Inaktivenfonds, weil sie nichts weiter wissen. Sie dürfen eben nicht vergessen, daß sie im Alter davon etwas haben.

• Ich will nicht auf die im Zusammenhang mit dieser Frage schon erörterten Dinge näher eingehen; Beschäftigung jüngerer Kollegen an Stelle von älteren, die in den Inaktivenstand überreten könnten usw. Vor vielen Jahren hat unser Verband mit der Einführung der Unterfützung trotz Bekämpfung durch die übrige Arbeiterkchaft den Anfang gemacht. Warum also jetzt nicht mit einer höheren Inaktivenunterfützung beginnen? Unsre Großstadtkollegen sollten dieser Frage nicht weiter absehend gegenüberstehen. Hätten sie nicht ihre lokalen Zuschußstellen, würden sie wohl zugänglicher sein. Das möge sich die gesamte Kollegenkchaft vor Augen halten, und der Verbandstag von 1929 muß diese Aufgabe meistern.

W n s b a c h

G. W a n d e r

Vor dem letzten Verbandstag unsres Verbandes war im „Korr.“ eine sehr rege Aussprache über die Notlage unsrer invaliden Kollegen zu verzeichnen. Aus allen Gauen Deutschlands waren sich die Kollegen darüber einig, daß es notwendig ist, die Unterstützungssätze für die Invaliden zu erhöhen. Ein Teil der Kollegen war der Ansicht, daß durch den Verband eine entsprechende Verbesserung herbeizuführen wäre. Der überwiegende Teil der Kollegen aber stellte sich auf den Standpunkt, daß das Reich für alle Arbeitsinvaliden zu sorgen hätte. Die Beträge der inzwischen erhöhten Unterstützung wurden leider durch die seit jener Zeit sich immer mehr verteuende Lebenshaltung längst illusorisch gemacht. Ob die Schaffung der Bezugsstaffel 4 vom Gesichtspunkt der wahren Kollegialität aus notwendig war, darüber dürften sich Zweifel bestehen.

Das Ergebnis der letzten Reichstagswahl muß nun sein, daß ein jeder Volksgenosse einen gerechten Anteil an den irdischen Gütern erhält. Es muß ein Ende damit gemacht werden, daß auf Kosten der Allgemeinheit „unser Vater Staat“ für einen Teil des Volkes ein sehr besorgter Vater sein kann und für diesen Volksteil sozusagen über Nacht gleich 1 1/2 Milliarden Mark übrig haben konnte, während er den andern Teil des Volkes, dem er selbst seine mühsam zurückgelegten Notgroßchen abgenommen hat, jetzt in Not und Elend umkommen läßt. Es war sogar möglich, an die hohen und höchsten Beamtenposten Zulagen zu gewähren, deren Höhe manchen Sozialrentner den Verband zum Stillstehen bringen könnte. Auch kommt bei den Beamten und Pensionären, nicht wie bei den Invaliden, ein Ruhen der Renten in Betracht.

In den reaktionären Zeitungen wird immer darauf hingewiesen, daß vom Reiche die hohen Sozialleistungen nicht mehr getragen werden können. Abschließend wird dabei verschwiegen, daß die Leistungen aus der Invalidenversicherung aus den einbezahlten Versicherungsbeiträgen bestritten werden und nur ein kleiner Bruchteil dazu vom Reich beigezahlt wird. Zu den Unfallrenten hat das Reich gar keinen Zuschuß zu leisten.

Für einen Kulturstaat wie Deutschland ist es eine unverzeihliche Schande, daß man auch heute noch so niedere Renten den Invaliden wie Kleinrentnern gewährt. Hier z. B. erhalten diese Rentner insgesamt 44 M. monatlich ausbezahlt. Aus dieser Summe müssen sie ihren gesamten Lebensunterhalt bestreiten. Die Unfallrentner sind nicht besser daran. Hier nur ein typisches Beispiel: Im Jahre 1913 erlitt ich einen Betriebsunfall und wurde als 66% Proz. (was auch heute noch der Fall ist) erwerbsbeschränkt anerkannt. Meine Unfallrente wurde trotz der seit dem Jahre 1913 sich immerwährend verteuerten Lebenshaltung nur um einen Pfennig im Monat erhöht. Da das ganze rechtlose und schaffende Volk so ziemlich die gleichen Bestrebungen, die in der Änderung der heutigen Gesetzgebung bestehen, aufweist, so ist zur Erreichung dieses Zieles die Schaffung einer Einheitsrente notwendig. Es müssen daher alle politischen wie religiösen Gegensätze zum Schweigen gebracht werden. Die von uns gewählten Volksvertreter müssen ihre Hauptaufgabe darin erblicken, für alle, auch den letzten des deutschen Volkes erträgliche Verhältnisse zu schaffen. Zum Schluß möchte ich noch allen Kollegen zurufen! Helft alle mit, daß es erreicht wird, daß nicht der Arbeiter allein gezwungen ist, auch noch als Greis mit halber Schraff und wackligen Knien das Brot durch Arbeit für sich und die Seinen verdienen zu müssen.  
Regensburg. Fr. J. K o s l.

bei dieser Gelegenheit gehalten wurden, klang einmütig die Genugtuung, daß die Arbeiterschaft mit dem Haus der Arbeiterpresse nicht nur der Internationalen Presseausstellung hervorragend diene, sondern daß mehr noch jener höhere Zweck: geistige Brücken über die nationalen Grenzpfähle hinaus zu bauen, mit ihm erstrebt werde. Grafmann konnte auch im Hinblick auf die 4 1/2 Millionen Gewerkschaftsmitglieder, die er zu vertreten hatte, das Streben nach einer höheren Wirtschaftsordnung und Wirtschaftsführung im Gemeinheitsdienste betonen.

Der vordere linke Flügel des Hauses der Arbeiterpresse ist dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbunde zugeteilt. Klar und übersichtlich ist hier vor allem die wertvolle Kraft, das starke Band der Gewerkschaftspresse, an der mehr als an anderen Zeitungen das Gros der Mitglieder in Form von Korrespondenzen oder dergleichen unmittelbaren, aktiven Anteil hat, sowie das ganze Organisationsgefüge der Gewerkschaften an Wänden,



## Sechzig Jahre Verbandsmitglied



Martin Fürthner in München  
Eingetreten: 18. Juni 1868 — Jetzt Invalide.

## Fünzig Jahre Verbandsmitglied



G. Müller in Sondershausen  
Eingetreten: 16. Juni 1878  
Jetzt Invalide.



K. Ganssen in Düsseldorf  
Eingetreten: 2. Juni 1878  
Jetzt Invalide.



Pfeilern und Tischen, zum Teil in überaus ansprechender reliefartiger Weise, veranschaulicht. An der Hauptwand des freundlichen Raumes kann man sich zunächst einen Begriff bilden vom Aufbau und der Größe des ADGB, in dem 4 500 000 Mitglieder der einzelnen Verbände zusammengeschlossen sind. An derselben Wand daneben, an einem großen Tableau, werden in sprunghaft wechselnder Beleuchtung sämtliche Gewerkschaftszeitungen in ihrer Titelseite wirkungsvoll herausgestellt. Ein Pfeilerlaufbau, an dessen vier Seiten wichtige Zahlen von allerlei Interessantem berichten, gibt unter anderem auch Auskunft über die Aufwendungen des ADGB für Bildungszwecke. Wo die Gewerkschaftspresse gedruckt und wo sie gelesen wird, hat eine andere Wand ebenfalls durch Lichteffekte und mechanisch bewegliche Reliefanschaung darzutun. An anderer Stelle wiederum kann man sich von der weit umspannenden Weite des Gewerkschaftsgedankens überzeugen. Wir sehen, daß die Internationalen der Gewerkschaften sowohl in Mexiko und in Brasilien als auch in Australien und Neuseeland vertreten ist. Auf glasüberdeckten Tischen befinden sich historisch wertvolle Schriften und Dokumente, die von der inneren Organisation der Verbände berichten. Unser Verband hat dort wiederum eine Abteilung mit frühem und frühestem geschichtlichen Material.

Seitlich führt eine breite Treppe in den Leseraum der Gewerkschaften. An kleinen Tischen kann man hier Einblick in die gesamte Gewerkschaftspresse halten. Und nicht nur die deutschen, auch die ausländischen Gewerkschaftsblätter stehen zur Verfügung. Wer auch schon nur einen flüchtigen Blick in die ausländische Gewerkschaftspresse wirft, wird erkaunen über das Andersartige dieser Zeitungen gegenüber den deutschen. Während die niederländischen Blätter hauptsächlich durch ihr Rielenformat abweisen, tun dies andere, wie mexikanische und brasilianische, durch Illustrationen über Modeangelegenheiten, Kinostücke oder über Dinge, die mit Gewerkschaftsfragen keineswegs unmittelbar verknüpft sind. Für Abwechslung im Leseraum der Gewerkschaften sorgt noch ein kleiner Lichtbildapparat, der Bemerkenswertes aus der Gewerkschaftsbewegung und dazu eine Reihe Vorträgs bedeutender Führer sichtbar macht. In Nischen rechts und links von dieser Lichtbild-einrichtung hat die Verlagsgesellschaft des ADGB einen Teil ihrer Verlagswerke ausgestellt, und an der großen Fensterfront dieses Obergeschosses befinden sich Druckwerke aus Gewerkschaften verschiedener Nationen.

Wer sich an dem Betrachten der vielen Ausstellungsobjekte Genüge getan und nicht über Zeitmangel zu klagen braucht, hat auch Gelegenheit, von diesem günstig placierten Leseraum aus dem bunten Treiben im Freigelände der Ausstellung zuzuschauen.

Die Treppe hinunter, nach Durchquerung des Raumes der freien Gewerkschaften, sind wir in der Abteilung der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Der langgestreckte Raum, aus dessen Höhe der alte Wahlspruch: „Proletarier aller Länder, vereinigt euch!“, in großen Buchstaben herübergerückt, ist zum Massenbesuch wohl geeignet. Und stets noch, so oft ich in die Nähe des Hauses der Arbeiterpresse kam, sah ich viele den Schritt in seine Hallen lenken.

Arbeiterpresse, sozialdemokratische Presse! Literatur, die einst wie Feuer gemieden wurde, aber die sich heute Millionen begeistert zu eigen machen! Die Presse der organisierten Arbeiterschaft unterscheidet sich von jener andern, weil sie Weltanschauungs-, Gesinnungspresse ist. Das ist ihre Macht, aber auch ihre Gefahr. Die Zeitung, wie sie Liebknecht, der unentwegte Idealist, aufbaute; in erster Linie geistig, politisch, ohne Sentimenten, und erst in zweiter Linie, auf das notwendigste Maß beschränkt, die Tagesaktualitäten — eine solche Presse gibt es wohl heute kaum noch. Das mag manchen bedrücken, und ein Kölner sozialistischer Redakteur machte in einer „Presse“-Sondernummer seiner Zeitung seinem Herzen Luft, indem er über die Tagespresse der Gegenwart von dem „Aberchristen-gebrüll, Beilagenburdeinander, Kinobesprechungsanflug, Sportklamauk, und was sonst zu der „moderneren“ Zeitung angeblich gehört“, sagte. Aber was hilft es? Für viele, die mit den Gütern dieser Welt spärlich gesegnet sind, die keine andre Möglichkeit zur Erhellung ihres geistigen Horizonts haben, bedeutet die Zeitung alles, das Leben selbst. Sie sehen erlebnisungrig über ihr Blatt gebeugt und wollen wenigstens zuweilen aus der Entfernung den Wellenschlag des großen, gewaltigen Lebensstromes verfolgen. Ein Kapitel, das zum Thema „Bedeutung der Arbeiterpresse“ gehört und sehr leicht zum Problem ausgewachsen kann!

Betrachten wir zunächst an der rechten langen Fensterseite unter Glas die flammenden Bekenntnisse aus der Frühzeit politischer Erhebung; Schriften, die den Samen zu der kommenden großen politischen Bewegung austreuten: Georg Büchners „Seltischer Landbote“ (1834), die älteste soziale Druckschrift (das seltenere Original stellte der Insel-Verlag zur Verfügung); das „Allgemeine Volksblatt“, das älteste sozialistische Blatt Kölns; die „Kommunistische Zeitschrift“; die letzte Nummer von „Freiheit, Brüderlichkeit, Gleichheit“; der „Sozialdemokrat“ (Berlin); die „Freie Zeitung“ (Leipzig); die „Rassalteste Westentaschenzeitung“; der „Dresdner Volksbote“, die im Sinne von Bebel und Liebknecht eingeführte Lokalpresse; der „Vorwärts“, das Zentralorgan der geeigneten Parteien; der erst in Zürich, dann in London herausgegebene „Sozialdemokrat“ usw. Die schon in der Kulturhistorischen Abteilung angestrichene Abfindungsnummer der „Neuen Rheinischen Zeitung“ (1849), die Karl Marx leitete, ist ebenfalls hier vorhanden. Folgende Zahlen von 1890 bis 1900 (also ungerichtet die Opfer des Sozialistengefeges) mögen ein kleines Bild von der klassenstaatlichen Unterdrückung geben, die das Proletariat zu erdulden hatte: 722 Jahre Gefängnis, 79 Jahre Zuchthaus, 153 066 Mark Geldstrafen. Und der Erfolg? Heute gibt es 191 sozialdemokratische Zeitungen! In einer der Bitrinen sind diese 191 Zeitungen in Miniaturkopfförmern zu sehen. In einer andern Bitrine sind die „Denkwürdigkeiten“ des Kölner Souvenenments aus den ersten Kriegsjahren aufbewahrt in Gestalt von Originalbriefen, Verbote der Kölner „Rheinischen Zeitung“ betreffend. Die Zwischenwände des langen Saales sind Spiegelbild von der weitverzweigten geistigen Macht, die zum Sozialismus drängt. Frauen-, Jugend- und Kulturzeitschriften, Flugblätter, Plakate usw. gehören dazu; März-bewegung, Maidemonstration, Wahlkampf, Krieg und Revolution heißen die Kapitel ihres gedanklichen Gefalts. Daneben noch einzelfachende Bitrinen mit Büchern und Broschüren. Und dann die langen Reihen der Zeitungshalter mit deutschen und ausländischen sozialistischen Zeitungen, die uns die geistige, politische und kulturelle Strömung der Gegenwart und ihr gemeinsames Ziel zum Sozialismus erschließen.

### Ausgang durch die „Bressa“

#### IV. Das Haus der Arbeiterpresse

Berläßt man die großen Ausstellungshallen an der nördlichen Seite und geht entweder links durch blumengeschmückte Anlagen am Staatenhaus vorbei oder rechts durch die Zeitungsstraße ein paar Minuten in nördlicher Richtung weiter, so gelangt man zum Haus der Arbeiterpresse. Eine hohe Baumgruppe als Hintergrund und Balustrade gibt dem in Weiß und Rosa gehaltenen Bau ein hübsch kontrastierendes Dunkelgrün. Als besonderes Erkennungszeichen dient die an der Stirnseite des Hauses hochaufragende, schmale, beschriftete Fassade. Gleich einem hochgestreckten Arm, der symbolhaft von der Kraft und dem Aufstreben der Arbeiterklasse kündet, erhebt sich dieser Schriftturm, dessen mittlere Bahn in übereinandergeschichteten Buchstaben die Worte „Haus der Arbeiterpresse“ trägt und seitlich von den Buchstaben ADOB. und SPD. flankiert ist. Die prachtvolle Wirkung dieses architektonischen Effekts erhöht sich noch, wenn abends das ganze Schriftgebilde in leuchtfröhlichem Rot weithin über den großen Ausstellungsplatz erstrahlt. In geraden Linien, ganz auf glatte Flächen gestellt und benutzt jeder Verschönerung abgekehrt, nur von zweckvoll angebrachten, Volllicht spendenden Fenstern unterteilt, ist dieses Haus sinnvoll dem Ernst des darin Ausgestellten angepaßt. Der Kölner Architekt Hans Schumacher hat das interessante Bauwerk geschaffen.

Am 5. Juni, nachdem schon viele Tausende auch das Innere dieses Hauses bewundert hatten, wurde der offizielle feierliche Eröffnungssakt vollzogen. Anwesend waren dabei außer dem Kölner Oberbürgermeister Dr. Abenauer und dem Regierungspräsidenten Dr. Eitzen Reichstagspräsident Paul Löbe, Reichstagsabgeordneter Peter Grafmann als Vertreter des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, und Otto Wels, der Vorsitzende der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Aus den Reden, die

Ein ganz besonderer Anziehungspunkt im Hause der Arbeiterpresse ist der Filmklub, der 103 Sitzplätze und gegen 100 Stehplätze umfaßt. Stets drängen sich hier die Zuschauer, den ausgezeichneten Propagandafilm „Im Anfang war das Wort...“ zu sehen. Das Werden einer großen Organisation, den harten Kampf, den mühsamen Weg über Hindernisse, Gefahren und Opfer bis zum Triumph des Erfolges, das zeigt der Film in überwältigender Art. Der Kontrast unserer Gesellschaft: hier Arbeit, dort Praßertum, steigt herauf; zwei Welten schlagen aneinander. Glänzende Technik, großartiger Aufbau! Man wird gepackt, erschüttert und begeistert sich an der Idee, an den Heldentaten der Vorkämpfer. Dieser Film erinnert an die besten Leistungen russischer Filmmkunst. Man kann seinen Schöpfern herzlich dazu gratulieren und von Max Barthel, dem Manuskript-helfer, nichts dringlicher wünschen, als daß man bald mehr von ihm auf diesem Gebiete erfährt.

So wird niemand das Haus der Arbeiterpresse verlassen ohne große, mächtige Nachwirkung. Die Presse wurde immer schon als eine Macht bezeichnet. Auf die Arbeiterpresse bezogen, wird diese Macht lichtvoll, zukunftsweisend. Aus der Perspektive einer Macht, die nach der Menschheit Höchstem und Bestem strebt, gesehen, kann das Haus der Arbeiterpresse, das unter den Bauten des Freigelandes allgemein als einer der eindrucksvollsten anerkannt wird, Freude, Zutrauen und Hoffnung erwecken. F. G.

**Richtigstellung:** In demstellungsartikel der Nr. 45 muß es auf S. 278 in der ersten Spalte, vierten Zeile, anstatt „Optima-Schnellpressenmaschine“ heißen: Optima-Schnell s h n e i d e m a s c h i n e.

**Zum Direktorenkonflikt in der Arbeiterbank**

Vorgänge in der Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten A.-G. hatten Erörterungen und Deutungen in einem Teil der Presse zur Folge, die zu einer Darlegung des wahren Sachverhalts der Dinge zwingen. Die Beirathungen der Presse knüpfen sich an den Beschluß des Aufsichtsrates der Bank vom 30. Mai 1928, der das Ausscheiden von Bern Meyer, des einen der beiden Direktoren der Bank, zur Folge hatte, während der Aufsichtsrat das Rücktrittsgesuch des anderen Direktors, Dr. Bachem, abgelehnt hat. Entgegen anderslautenden Zeitungsmeldungen sei hier nebenbei bemerkt, daß Meyer nicht „erster“ Direktor und Bachem nicht „zweiter“ war, sondern beide waren gleichberechtigt. Der Beschluß des Aufsichtsrates hat eine längere Vorgeschichte, deren Kenntnis zum Verständnis des Beschlusses notwendig ist.

Seit geraumer Zeit bestanden zwischen den beiden Direktoren Differenzen. Sie hatten ihren Grund jedoch nicht, wie in der Presse vermutet wurde, darin, daß zwischen ihnen „eine Einigung über die Grundzüge der Geschäftsführung nicht erzielt werden konnte“ („Leipziger Volkszeitung“ vom 11. Juni). Die Grundzüge für die Bankleitung können nicht strittig sein. Sie liegen in den Gründungsdocumenten und der vom Aufsichtsrat beschlossenen Geschäftsanweisung für die Direktoren fest. Ihre Innehaltung wird von den Aufsichtsinstanzen der Bank ständig überwacht. Bei den Differenzen zwischen den Direktoren sowie den Erörterungen im Finanzausschuß und Aufsichtsrat der Bank, zu denen jene Differenzen den Anlaß gaben, handelte es sich immer nur um Meinungsverschiedenheiten über die Durchführung der praktischen Bankgeschäfte. Insbesondere waren sie darauf zurückzuführen, daß Meyer nach Bachems Ansicht bei Kreditgewährungen nicht immer kritisch genug war, wie es in der nüchternen Welt des Bankgeschäftes erforderlich ist.

Der Finanzausschuß und Leipart, der Vorsitzende des Aufsichtsrates, hatten es an unendlich geduldbigen Versuchen zur Beilegung der Differenzen nicht fehlen lassen. Durch Änderungen in der inneren Ordnung der Bankleitung, Festlegung einer Arbeitsteilung zwischen den Direktoren, Anstellung eines neuen Prokuristen und — in Verbindung mit letzterem — eine andere Arbeitsteilung zwischen den sonstigen leitenden Personen, sollte ein Verhältnis hergestellt werden, das eine reibungslose Führung der Geschäfte gewährleisten hätte. Als alle diese Bemühungen nicht zum Ziele führten, sah der Finanzausschuß am 20. Dezember 1927 einen Beschluß folgenden Inhalts:

Angesichts der Tatsache, daß die persönlichen Differenzen zwischen beiden Herren jetzt schon zwei Jahre andauern, erblickt der Finanzausschuß in der allmählich eingetretenen Zuspaltung des Zerrwürfnisses eine ernste Gefährdung der Interessen der Bank.

Der Finanzausschuß sieht sich zu seinem Bedauern nunmehr gezwungen, um das Interesse der Bank zu wahren, eine Änderung in der Besetzung des Vorstandes in naher Zeit ernsthaft ins Auge zu fassen. Die zur Durchführung dieses Beschlusses erforderlichen Maßnahmen behält der Finanzausschuß sich für eine spätere Entscheidung vor. Er erwartet, daß die Herren des Vorstandes bis zur Neuordnung ihre Pflicht tun werden, indem sie die Sache über die Person stellen.

Um schon in der Zwischenzeit bis zur Neuordnung den Streik um die Arbeitsteilung zu erlebigen, erklärt der Finanzausschuß vorerst, daß unbeschadet der selbstverständlichen Verpflichtung, daß beide Herren sich gegenseitig über ihre Tätigkeit laufend unterrichten, Herr Bachem die Erledigung der Kreditgeschäfte behält, ebenso Herr Meyer den Bankverkehr und die Effektengeschäfte. Zur weiteren Spezialisierung der Arbeitsteilung werden beide Herren ersucht, ihre diesbezüglichen Vorschläge nochmals zu überprüfen und sie dann baldmöglichst dem Vorsitzenden einzureichen. Der Finanzausschuß wird als-

dann auch über die Spezialisierung durch Beschluß entscheiden.

Mit diesem Beschluß hoffte der Finanzausschuß einen Druck auf beide Direktoren auszuüben und eine Warnung an beide auszusprechen, die sie bewegen würde, den Versuchen zur Beilegung der Differenzen mehr Entgegenkommen zu erweisen. Aber es zeigte sich von neuem die Hoffnungslosigkeit aller Bemühungen um einen Ausgleich der Differenzen in der Bankleitung. Daher beschloß der Finanzausschuß am 14. Januar 1928, das eine Trennung der beiden Direktoren unumgänglich sei. Er wurde sich aber auch klar, daß eine Verwirklichung dieser Absicht zugleich die Trennung von einem der Direktoren bedeutete. Nach sorgfältiger Prüfung der Lage kam der Finanzausschuß zu dem Ergebnis, daß nicht Gefühle entscheidend sein dürften, sondern lediglich das Interesse der Bank. Die Entscheidung des Finanzausschusses fiel deshalb dahin, daß Bachem der Bank erhalten bleiben müsse.

Nunmehr ersuchte Dr. Bachem Leipart zum wiederholten Male, ihn zu beurlauben, damit die Bahn frei werde für eine Lösung der Frage der Bankleitung lediglich unter dem Gesichtspunkte des Interesses der Bank. Obwohl Leipart dieses Ersuchen ablehnte, lag der Sitzung des Aufsichtsrates am 13. Februar doch das Rücktrittsgesuch Bachems vor. Die Interessen der Bank waren aufs stärkste berührt, Gerüchte über die eingetretenen Verhältnisse waren bereits nach außen gedrungen, eine Regelung erschien unaussprechbar. Die unausgesetzt betriebenen Bemühungen um einen neuen Direktor hatten noch keinen Erfolg gehabt, so daß abermals eine vorläufige Regelung gesucht werden mußte. Und so beschloß am 13. Februar der Aufsichtsrat ohne Widerspruch, er nehme mit Bedauern Kenntnis von dem Rücktrittsgesuch Dr. Bachems und richte den Wunsch an ihn, die Leitung der Bank zu behalten, bis ein neuer Direktor gefunden sein werde, wofür ein Zeitraum von zwei bis höchstens drei Monaten in Aussicht genommen war. An Bern Meyer richtete der Aufsichtsrat den Wunsch, während dieser Zeit in Urlaub zu gehen. Beide Direktoren erklärten sich mit dem Beschluß einverstanden. Deutlich wurde durch diesen Beschluß zu erkennen gegeben, daß der Aufsichtsrat, vor der Wahl zwischen Meyer und Dr. Bachem gestellt, letzterem den Vorzug gab.

Der Spielraum, der durch Meyers Urlaub gewonnen worden war, genigte jedoch nicht, um die Angelegenheit zur Lösung zu bringen im Sinne des Beschlusses, einen neuen Direktor zu gewinnen. Meyers Wiedereintritt in die Bank nach Rückkehr von Urlaub hätte die Wiederherstellung der Zustände bedeutet, die den Grund zu der Krise gegeben hatten. Keine Entscheidungen der Kontrollinstanzen waren daher notwendig. Im Zusammenhang mit allen in den vorausgehenden Sitzungen festgestellten Befundungen der Aufsichtsinstanzen des Finanzausschusses und Aufsichtsrates konnte der Aufsichtsrat jetzt, als er am 30. Mai zusammentrat, nur zu dem eingangs mitgeteilten Beschluß kommen.

Soweit der Sachverhalt. Der Vorstand des ADBV. ist von Leipart in allen Stadien dieser langen Krise regelmäßig über den Stand der Dinge unterrichtet worden. Der Bundesausschuß des ADBV. hat in seiner letzten Sitzung am 4. Juni der gegenwärtig amtierenden Leitung der Bank sein Vertrauen ausgesprochen.

Auf die Ereignisse in der letzten Phase der Krise bezieht sich ansehnend eine Bemerkung des bereits erwähnten Artikels in der „Leipziger Volkszeitung“, daß der Beschluß des Aufsichtsrates vom 30. Mai zustande gekommen sei unter einem Druck, der von Leipart ausgegangen sei. Durch die Drohung mit seinem Rücktritt, falls der Rücktritt Bern Meyers nicht erfolge, habe er „die widerspenstige Mehrheit des Bundesvorstandes wie des Aufsichtsrates seinem Willen gefügig gemacht“. Wir sind mit dem Vorstand des ADBV. der Meinung, daß der Vorsitzende des Aufsichtsrates eines Unternehmens von der Bedeutung der Bank allerdings verpflichtet ist, einen Willen zu haben und sich für seine Verwirklichung einzusetzen, zumal in einer Situation von der Art der geschilderten. Er würde ohne das nötige Maß von Verantwortlichkeit handeln, wenn er anders aufträte. Dagegen läßt die Methode, daraus den Vorwurf abzuleiten, als sei ein Druck mit unzulässigen Mitteln erfolgt, nicht jenes Maß von Verantwortlichkeit für wichtige Interessen der gesamten Arbeiterchaft erkennen, das auch in der Presse der Arbeiterbewegung obwalten muß.

Sobann muß noch gewisser Ereignisse gedacht werden, die sich nach dem entscheidenden Beschluß des Aufsichtsrates der Bank vom 30. Mai zugetragen haben. Sie haben einem Teil der Presse neuen Stoff zu tendenziösen Alarmnachrichten über die Arbeiterbank gegeben, und sie hängen zusammen mit der Frage, woher die Presse die „Informationen“ hat, die sie verwenden konnte. Die Bankleitung nahm die Hilfe der Polizei in Anspruch gegen den ersten Prokuristen Schönherr, dem schon früher der Vorwurf gemacht worden war, er trage die Differenzen innerhalb der Leitung der Bank ins Personal. Schönherr hatte geglaubt, in der Bank und anderwärts für Bern Meyer eintreten zu müssen. Augenscheinlich zu dem Zweck, um Material für sein Betreiben zu erlangen, verschaffte er sich in unbedeutender Weise Zutritt zu der besonders verwahrten Korrespondenz des Bankvorstandes. Ein Briefwechsel zwischen ihm und Journalisten sowie andern, an der Bank interessierten Persönlichkeiten wurde gleichfalls festgehalten. Die Folge seines unbedingten Interesses für die Chefkorrespondenz war die fristlose Entlassung; alle anders lautenden Meldungen sind falsch.

Der Tagespresse ist inzwischen eine Erklärung zu gegangenen, in der gegenüber den zahlreichen irreführenden Darstellungen über den Direktionswechsel in der Arbeiterbank der Vorsitzende des Aufsichtsrates, Theodor Leipart, und Direktor Bern Meyer gemeinsam folgendes zum Ausdruck bringen:

„Direktor Bern Meyer ist auf Grund eines freundschaftlichen Abereinkommens aus der Bank ausgeschieden. Der Aufsichtsrat hat sich nur schwer zu diesem Schritt entschlossen und bedauert es sehr, auf die weitere Mitarbeit Meyers, dessen große Verdienste um die Arbeiterbank von keiner Seite bestritten werden, verzichtet zu müssen.

Weber politische Meinungsverschiedenheiten noch Differenzen über die Grundzüge, nach denen die Arbeiterbank wirken soll, sind die Ursache für das Ausscheiden Direktor Meyers. Die in den Statuten der Bank und in den Richtlinien des Aufsichtsrates und seines Finanzausschusses festgelegten Grundzüge haben in der Frage des Direktionswechsels nie zur Diskulsion gefanden und werden selbstverständlich auch durch den erfolgten Rücktritt Meyers in keiner Weise berührt.

Bedinglich über einige praktische Fragen der Geschäftspolitik der Arbeiterbank haben zwischen den beiden leitenden Direktoren, Bern Meyer und Geheimrat Bachem, Meinungsverschiedenheiten bestanden. Bedauerlicherweise haben diese Meinungsverschiedenheiten zu persönlichen Zerwürfnissen geführt, die es im Interesse der Bank erforderlich erscheinen ließen, daß einer der beiden Direktoren ausschied.“

**Korrespondenzen**

**Görlitz.** Eine sehr gut besuchte Bezirksversammlung mit Damen fand am 17. Mai in Lauban statt. Mitglieder waren anwesend aus Görlitz, Lauban, Mustau, Niesky, Kolbenburg und Weiskaußer. Als Redner des Tages hatte sich der zweite Gauvorsitzer Kollege Birnbach (Breslau) zur Verfügung gestellt, welcher über „Wirtschaftspolitische Betrachtungen“ sprach. Er verstand es, den Anwesenden, besonders den Damen, die ja selten Gelegenheit haben, unsern Versammlungen beizuwohnen, die Grundzüge des Wirtschaftslebens von heute in klarer Weise zu erläutern und ihnen die Ursachen der Preisbildung und -steigerung aller Lebens- und Verbrauchsmittel durch den ungeligen Einfluß der Kartelle und Truste an Hand von Beispielen klarzumachen. Gegen diese „kapitalistische Unkultur“, so bezeichnete Redner das Gebahren dieser Gesellschaften, mußte von Seiten der Gewerkschaften und der Beschäftigten energisch vorgegangen werden. Vortragender sprach gedachte in ehrenden Worten der verstorbenen Kollegen Schmidt und Döhning aus Lauban und Striech aus Reichenbach, und gab sodann einen kurzen Bericht über die Verhältnisse im Bezirk Görlitz. Auch die teilweise humoristischen Schilderungen aus den Bezirkeorten waren zur Belustigung abgehört von kleinen Unstimmigkeiten, die aber mit etwas Takt und Rückgrat der Kollegen sehr leicht zu beseitigen waren. Mit einem hoch auf unsern Verband wurde die sehr anregende und interessante Versammlung geschlossen. — Der gemeinsamen Mittagstafel folgte ein Besuch des herrlich gelegenen Steinbergs, Abends hielten Tanz, Besetzung und Vorträge des Gefangenenrats „Gutenbergs“ (Görlitz), ohne den ja eine Veranstaltung kaum denkbar ist, die Teilnehmer noch einige Stunden zusammen. Die Laubaner Mitglieder haben alles getan, um den auswärtigen Kollegen den Aufenthalt so angenehm wie möglich zu machen. Ihnen sei hiermit Dank gesagt!

**Hamburg-Altona.** Mitgliederversammlung am 24. Mai in „Bans“ Gesellschaftshaus. Tagesordnung: 1. Vereinsmitteilungen. 2. Vortrag des Kollegen Otto Krauß (2. Vorsitzender des Verbandes) über „Tarifvertrag und Schlichtungswesen“. Kollege Kunzler teilte mit, daß folgende Kollegen seit der letzten Versammlung verstorben sind: Segerinvalide Hermann Witt, Druckerinvalide Emil Born und Schweizerdegen Gustav Lehau. Die Verammlungen ehrten das Andenken der Verstorbenen durch Erheben von den Plätzen. Arbeitslos laut zurzeit: 43 Seher, 10 Drucker, 1 Schweizerdegen, 1 Stereotypsetzer, 3 Korrektoren, 2 Gießer, zusammen 69 Kollegen. Kollege Kunzler gestellte sodann, daß das Verbandsorgan in Hamburg am schlichsten bestellt und geliefert werde; trotzdem die Kosten wieder erhebt würden, sehe Hamburg an letzter Stelle. Auf den am 31. Mai stattfindenden Unfallfilm wird besonders hingewiesen; er findet im Musikaal des „Gewerkschaftshaus“ statt. Die Aufnahme einer Lohnstatistik für Hamburg ist beschlossen, es wird ersucht, für genaue Angaben Sorge zu tragen. Kollege Leppert fragt an, wann die Wahl der Vertreter der Industriegruppen stattfindet. Kollege Kunzler gab Antwort, daß die Gruppe des graphischen Gewerbes einen Ausschuß gewählt habe, der die Betriebsräte zusammenrufen werde. Sodann erhielt Kollege Krauß das Wort zu seinem Vortrag. In bekannt trefflicher Weise besprach der Redner die Anfänge der Tarifgemeinschaft der Gewerkschaften, um dann in lehrreichen Ausführungen auf das Schlichtungswesen einzugehen. Der einheitsstündige Vortrag, in dem der Redner auch auf die letzten Lohnverhandlungen, die großen Schwierigkeiten und die Einzelheiten einging, wurde mit starkem Beifall aufgenommen. In der Aussprache gab zunächst Kollege Leppert zu seiner Abneigung gegen Tarifgemeinschaften und die Schlichtungsordnung Ausdrück. Das Hilfsdienstgesetz ist während des Krieges auch von den freien Gewerkschaften bekräftigt worden. Die eventuelle Beschlagnahme des Verbandsvermögens bei Streiks ist nur in den Körper der Gewerkschaftsführer entstanden. Das Schlichtungswesen läßt die Schlagkraft und Kampfesfreudigkeit der Gewerkschaftsmitglieder und bringt uns zum Ziel, dem Sozialismus, ab. Kollege Herzog ist gegen den Schlichtungszwang und bezeichnet die Aufhebung der Schlichtungsordnung im Gegensatz zum Vordereiter nicht als Werbemittel zur Gewinnung der noch



